

## **PROTOKOLL 09/2017**

über die **öffentliche Sitzung** des Gemeinderates der Marktgemeinde Orth an der Donau am  
Dienstag, dem 28. November 2017 im Gemeindeamt Orth an der Donau.

Beginn: 19:36 Uhr

Ende: 21:34 Uhr

### **ANWESENDE:**

Bgm. Johann Mayer als Vorsitzender

### **GESCHÄFTSFÜHRENDE GEMEINDERÄTE:**

Vzbgm. Mag. Elisabeth Wagnes, Markus Bauer, Franz Krammer,  
Johann Wittmann, Günther Zehetbauer MBA

### **GEMEINDERÄTE:**

Wolfgang Bogner, Wilhelm Bressler, Claudia Drabits, Josef Drabits (ab 20:05h), Josef Forstner,  
Brigitte Humer, Andreas Javorsky, Eveline Kaider, Gerald Kucera, Michael Kvasnicka, Hermine  
Merkatz, Ing. Markus Nikowitsch, Markus Ripfl, Herbert Weninger, Roman Zöhrer

### **ENTSCHULDIGT:**

-----

**SCHRIFTFÜHRER:** Mag. Franz Kratschinger

### **Tagesordnung:**

1. Präsentation DI Schneider betreffend Sanierungsvarianten Volksschule
2. Protokolle der letzten Sitzung
3. Beschluss Sanierung Volksschule
4. Bericht Prüfungsausschuss vom 23.10.2017
5. Auftragsvergabe Lieferung und Montage Sirene – etu
6. Beschluss zur Neuregelung der touristischen Projektbeiträge ab 2018
7. Subventionsansuchen Musikverein Jugendkapelle Orth an der Donau
8. Subventionsansuchen Kinderfreunde Orth an der Donau
9. Verordnung Einheitssatz Aufschließungsabgabe
10. Beschluss einer Resolution zum Pflegeregress
11. Beschluss einer Resolution Pflegepaket für NÖ
12. Termine GR-Sitzungen 1. Halbjahr 2018
13. Personalangelegenheiten

Punkt 13 in nicht öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

#### **1. Präsentation DI Schneider betreffend Sanierungsvarianten Volksschule**

Bgm. Mayer und GR Kucera bitten Herrn DI Schneider um die Vorstellung der Sanierungsvarianten für die Volksschule.

DI Schneider stellt die Konzeptplanung für die Instandsetzung und Erweiterung mittels mehrerer Varianten vom 10.09.2017 vor und erklärt die Sanierungspunkte sowie die Varianten und schlägt Variante B mit dem Umfang sämtliche Instandsetzungen (Fassade, Fenster, Brandschutz,

Stiegenhaus, Lift und Erweiterung im Erdgeschoss) in zwei Bauabschnitten zur Durchführung vor. Die Gesamtkosten belaufen sich auf ca. € 2,250.000,--.

*GGR Drabits trifft um 20:05h ein.*

Die Kosten für die maximale Variante (neuer Turnsaal und Mittelgarderobe) würden sich auf ca. € 3,700.000,-- belaufen. Die Bauzeit würde zwischen 8 und 12 Monaten betragen.

GR Kucera präsentiert die finanzielle Aufteilung mittels Kopfquote auf die Schulgemeindemitglieder.

*DI Schneider verlässt um 20.33h die Sitzung.*

## **2. Protokolle der letzten Sitzung**

Das öffentliche und nicht öffentliche Protokoll der Sitzung 8/2017 wurde allen namhaft gemachten Vertretern zugesendet.

GGR Bauer ersucht bei TOP 5 und TOP 6 Änderungen laut Beilage vorzunehmen:

5)

..... Es konnte eine sehr große Einsparung im obigen Bereich erreicht werden. Kurze Diskussion über Wiederverwendung von Exponaten, Museumsbesucherzahlen, Einnahmen, etc.).....

von GGR Bauer vorgeschlagene Änderung auf:

*.....Es wurde der Projektplan des museumORTH gestrafft, um somit Einsparungen für Budget 2018 Sorge zu tragen. GGR Bauer fragt an ob Exponate von der Rosar-Ausstellung aus dem Jahr 2015 für die Ausstellung „Frauenpower“ wiederverwendet werden. Diese Frage konnte leider nicht beantwortet werden. Es entsteht eine Diskussion bezüglich der prognostizierten Einnahmen und Besucherzahlen aus der Projekt-Präsentation von Hilde Fuchs, da diese in den letzten Jahren rückgängig waren.....*

Kurze Diskussion über Beschlussprotokoll und Wortprotokoll.

6)

Bgm. Mayer bringt den Antrag für die Unterstützung des Filmprojektes mit € 5.000,- unter Einhaltung obiger Punkte zur Abstimmung. Einstimmige Zustimmung.

von GGR Bauer vorgeschlagene Änderung auf:

Bgm. Mayer bringt den Antrag für die Unterstützung des Filmprojektes mit € 5.000,- unter Einhaltung obiger Punkte *als Grundsatzbeschluss* zur Abstimmung. Einstimmige Zustimmung.

Nach kurzer Erörterung durch Franz Kratschinger und zustimmender Kenntnisnahme des Gemeinderates Änderung auf:

**Bgm. Mayer bringt den zuerst als Grundsatzbeschluss geplanten, aber nun aufgrund der detaillierten Formulierung als normalen Beschluss möglichen Antrag für die Unterstützung des Filmprojektes mit € 5.000,- (unter Einhaltung obiger Punkte) zur Abstimmung. Einstimmige Zustimmung.**

Nach kurzer Diskussion stellt Bgm. Mayer den Antrag, dass Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung 8/2017 im Punkt 5) nicht zu ändern und im Punkt 6) wie oben angeführt zu ändern.

18 Fürstimmen (W. Bogner, C. W. Bressler, Drabits, J. Drabits, J. Forstner, B. Humer, E. Kaider, F. Krammer, G. Kucera, M. Kvasnicka, J. Mayer, H. Merkatz, M. Nikowitsch, E. Wagnes, H. Weninger, J. Wittmann, G. Zehetbauer, R. Zöhner)  
 3 Gegenstimmen (M. Bauer, A. Javorsky, M. Ripfl)  
 Mehrstimmige Annahme.

Für das nichtöffentliche Protokoll wurden keine Änderungswünsche bekanntgegeben. Somit gilt das Protokoll als einstimmig genehmigt.

### 3. Beschluss Sanierung Volksschule

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau beschließt, dass die zuständigen Gemeinderatsmitglieder im Volksschulausschuss die Sanierung der Volksschule lt. vorliegendem Sanierungskonzept von Chromy&Schneider vom 10. September 2017 (Variante B) weiter unterstützen sollen. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

### 4. Bericht Prüfungsausschuss vom 23.10.2017

GR Bressler berichtet, dass vom Prüfungsausschuss eine angekündigte Prüfung am 23.10.2017 durchgeführt wurde. Es erfolgte die Prüfung der Bargeld und Kassenbestände sowie die Preislisten. Es gab keine Beanstandungen; ev. sollten der Aufwand für Kleinstverrechnungsbeträge berücksichtigt werden und diese Verrechnung einmal überdacht werden. Seitens des Prüfungsausschusses wurde die Kassenführung sehr gelobt.

### 5. Auftragsvergabe Lieferung und Montage Sirene – etu

Für die Freiwillige Feuerwehr soll eine Sirene für den Katastrophenfall am Gebäude montiert werden. Ein Angebot der Fa. etu in der Höhe von ca. € 3.129,98 (exkl. MWSt) liegt vor. Bedeckung durch das Budget des Ansatzes 1/853700. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

### 6. Beschluss zur Neuregelung der touristischen Projektbeiträge ab 2018

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau beschließt einen jährlichen touristischen Projektbeitrag im Rahmen der Region Marchfeld ab 2018 in der Höhe von 1 € pro Einwohner und Jahr.

Die gesamten Beiträge die nun entrichtet werden (insg. 4 € pro Einwohner) sind folgend angeführt.

Dieser Beschluss ersetzt die betreffenden Beschlüsse bzgl. Tourismusbeitrag und Beitrag zur Vorbereitung der NÖ Landesausstellung.

#### ALT - Bisherige Beiträge für Gemeinden im Rahmen der Region Marchfeld

MAREV	1,30 €
LEADER	1,70 €
Tourismusbeitrag	0,20 €
Beitrag Personalkosten NÖ Landesausstellung 2021	0,20 €
<b>SUMME</b>	<b>3,40 €</b>

#### NEU - Beiträge für Gemeinden im Rahmen der Region Marchfeld ab 1.1.2018:

MAREV	1,30 €
LEADER	1,70 €
Projektbeitrag /NÖ Landesausstellung 2021	1,00 €
<b>SUMME</b>	<b>4,00 €</b>

**Information:**

Durch die Neuregelung der touristischen Projektbeiträge im Rahmen der Region Marchfeld ab 2018 in der Höhe von 1 € pro Einwohner und Jahr ergibt sich folgender Mehrwert für die Gemeinden:

- Organisation und Finanzierung von Projekten (zB.: Durchführung Marchfeldtag, IST mobil-Detailplanung, ...)
- Zielgerichtete Unterstützung der Bewerbung zur NÖ Landesausstellung 2021
- Eigene Tourismusprodukte für die Region Marchfeld (zB. Infomaterial „Entdeckerkarte“,...)
- Finanzierung und Abwicklung von Marketingmaßnahmen für die Region Marchfeld (zB. Merchandising, Inserate, Fahnen, Transparente, Regionskistl,...)
- Eigene Tourismus – Mitarbeiter/in für die Region Marchfeld am Standort Lasee (beschäftigt bei der Destination Weinviertel, Aufgabenbereich Projektentwicklung, Medienarbeit und Vorbereitung NÖLA)
- dadurch Bündelung der Fachkompetenzen im Regionalbüro Lasee (LEADER,MAREV, Tourismus) zur zielgerichteten Bewerbung als Tourismusregion und für die Vorbereitung zur NÖ Landesausstellung 2021.

Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

**7. Subventionsansuchen Musikverein Jugendkapelle Orth an der Donau**

Die Jugendkapelle Orth an der Donau sucht um Subvention für das Jahr 2017 an. Es soll eine Subvention von € 4.600,- wie 2016 gewährt werden. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

**8. Subventionsansuchen Kinderfreunde Orth an der Donau**

Für die Anschaffung eines Kastens (€ 2.400,-) sowie Malerarbeiten (€ 1.101,-) suchen die Kinderfreunde Orth an der Donau um Unterstützung an.

*GGR Krammer verlässt um 20:49h den Saal.*

Seitens des Gemeindevorstandes gibt es keine Empfehlung . Eingehende Diskussion über Subventionen.

*GGR Krammer betritt um 20:53h den Saal wieder.*

Antrag GR M. Ripfl, dass Vorfeldorganisationen von Parteien generell keine Subvention der Marktgemeinde Orth an der Donau erhalten sollen. Der Vorsitzende stimmt nicht über den Antrag ab, da dies generelle Regelungen betrifft, die zuerst im zuständigen Finanzausschuss besprochen werden sollen und Punkt 8 ein Einzelansuchen der Kinderfreunde behandelt.

Bgm. Mayer stellt den Antrag für das vorliegende Subventionsansuchen eine Subvention in der Höhe von € 1.750,- zur gewähren.

15 Fürstimmen (W. Bogner, C. Drabits, J. Drabits, J. Forstner, B. Humer, E. Kaider, F. Krammer, G. Kucera, M. Kvasnicka, J. Mayer, H. Merkatz, M. Nikowitsch, E. Wagnes, J. Wittmann, G. Zehetbauer)

2 Stimmenthaltung (W. Bressler, H. Weninger)

4 Gegenstimmen (M. Bauer, A. Javorsky, M. Ripfl, R. Zöhrer)

Mehrstimmige Annahme.

**9. Verordnung Einheitssatz Aufschließungsabgabe**

Nach kurzer Besprechung über die Kalkulation des Einheitssatzes und der Anhebung des Satzes, beschließt der Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau folgende Verordnung:

## **VERORDNUNG**

über die Neufestsetzung des Einheitssatzes zur Berechnung der Aufschließungsabgabe

### § 1

Gemäß § 38 Abs. 6 NÖ Bauordnung 2014, LGBl. 1/2015, wird der Einheitssatz für die Berechnung der Aufschließungsabgabe mit € 620,00 festgesetzt.

### § 2

Diese Verordnung tritt mit 01.01.2018 in Kraft.

### § 3

Mit Wirksamwerden dieser Verordnung tritt die bisherige Verordnung über den Einheitssatz zur Berechnung der Aufschließungsabgabe außer Kraft.

Orth an der Donau, 28.11.2017

Für den Gemeinderat der Marktgemeinde Orth an der Donau:  
Der Bürgermeister:

Johann Mayer

Angeschlagen am: 29. November 2017

Abgenommen am: 15. Dezember 2017

Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

### **10. Beschluss einer Resolution zum Pflegeregress**

Bgm. Mayer verliest den Text der geplanten Resolution betreffend der Abschaffung des Pflegeregresses.

## **RESOLUTION**

des Gemeinderats der Stadt-/Markt-/Gemeinde .....

**an die neue Bundesregierung**

anlässlich der

**ABSCHAFFUNG des PFLEGEREGRESSES**

Der Nationalrat hat am 3. Juli 2017 mit Verfassungsmehrheit den Pflegeregress abgeschafft. Diese Abschaffung wird zwar nicht in Frage gestellt, dennoch haben Experten diese Maßnahme bereits aufgrund der unzureichenden Gegenfinanzierung kritisiert.

Die nur vage skizzierte Kostenabgeltung für Länder und Gemeinden stellt keine solide Grundlage für die zukünftige Finanzierung der Pflege dar. Mit den von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Ausgleichsbeträgen werden nicht einmal die unmittelbaren Einnahmehausfälle aus der Abschaffung des Pflegeregresses abgedeckt.

Dies widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Planungssicherheit für die Gemeinden, sondern steht auch im Gegensatz zum Paktum des Finanzausgleiches.

Völlig offen sind viele weitere Detailfragen, die zu unmittelbaren Kostenfolgen für die Gemeinden führen. Das betrifft beispielsweise den Einnahmehausfall durch bisherige freiwillige Selbstzahler, die dem Regress entgehen wollen. Durch die Abschaffung des Regresses ist zudem mit einem deutlich stärkeren Andrang auf Heimplätze zu rechnen, daraus resultiert zwangsläufig die Notwendigkeit des Ausbaus von Pflegeeinrichtungen mit den damit verbundenen Folgekosten. Ebenso gibt es einen rechnerischen Zuwachs aus der 24-Stunden-Pflege. Auch die potentielle Erweiterung des Regressverzichts auf andere Einrichtungen (z.B. Behinderteneinrichtungen) ist völlig ungeklärt.

Die tatsächlich entstehenden Mehrkosten werden ein Vielfaches des vom Bundesgesetzgeber in § 330b ASVG angebotenen Kostenersatzes ausmachen.

Anlässlich dieser nicht mit der Gemeindeebene abgestimmten Maßnahme, die ohne parlamentarisches Begutachtungsverfahren vom Bundesverfassungsgesetzgeber beschlossen wurde, zeigt sich, dass es gerade auch im Pflegebereich einer nachhaltigen, solidarischen Finanzierung bedarf. Wir verlangen daher die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den kommunalen Interessensvertretungen darüber, wie eine zukunftsfähige Finanzierung aussehen wird (Steuerfinanzierung, Beitragsfinanzierung, Versicherung etc.).

**In Summe geht es daher um beträchtliche Mehrkosten in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro jährlich für die Gemeinden. Wir fordern daher vom Bund den vollständigen Kostenersatz für die durch die Abschaffung des Pflegeregresses den österreichischen Gemeinden entstehenden Mehrausgaben auf Basis einer vollständigen Erhebung der tatsächlichen und zu erwartenden Mehrkosten!**

Beschlossen vom Gemeinderat der Stadt-/Markt-/Gemeinde .....

am .....

Der/Die Bürgermeister/in

Ergeht an:

den Landeshauptmann/die Landeshauptfrau

Burgenland	hans.niessl@bgld.gv.at
Kärnten	peter.kaiser@ktn.gv.at
Niederösterreich	lh.mikl-leitner@noel.gv.at
Oberösterreich	lh.stelzer@ooe.gv.at
Salzburg	haslauer@salzburg.gv.at
Steiermark	Hermann.schuetzenhoefer@stmk.gv.at
Tirol	buero.landeshauptmann@tirol.gv.at
Vorarlberg	markus.wallner@vorarlberg.at.

den Bundeskanzler der Republik Österreich (christian.kern@bka.gv.at)

den Vizekanzler der Republik Österreich (minister.justiz@bmj.gv.at)

den Finanzminister der Republik Österreich (Hans-Joerg.Schelling@bmf.gv.at)

den Sozialminister der Republik Österreich (alois.stoeger@sozialministerium.at)

Österreichischer Gemeindebund (office@gemeindebund.gv.at)

Österreichischer Städtebund (post@staedtebund.gv.at)

Antrag Bgm. Mayer.

19 Fürstimmen (M. Bauer, W. Bressler, W. Bogner, C. Drabits, J. Drabits, J. Forstner, B. Humer, E. Kaider, F. Krammer, G. Kucera, M. Kvasnicka, J. Mayer, H. Merkatz, M. Nikowitsch, E. Wagnes, H. Weninger, J. Wittmann, G. Zehetbauer, R. Zöhrer)

2 Gegenstimmen (A. Javorsky, M. Ripfl)

Mehrstimmige Annahme.

### **11. Beschluss einer Resolution Pflegepaket für NÖ**

Bgm. Mayer verliest auszugsweise den Text der geplanten Resolution betreffend Pflegepaket für Niederösterreich:

## **Resolution**

### **Pflegepaket für Niederösterreich**

Die Bevölkerung Österreichs wird auch in Zukunft wachsen. Die Bevölkerungsstruktur verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen. Der stärkste Zuwachs wird langfristig bei der Zahl der Betagten und Hochbetagten (80 und mehr Jahre) zu verzeichnen sein.

Auf Grund dieser demographischen Entwicklung steigt naturgemäß auch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in NÖ. Dazu nehmen auf Grund der Abschaffung des Pflegeregresses mit 1. Jänner 2018 die Anfragen für Pflegeplätze schon jetzt massiv zu. Die derzeitige Situation führt dazu, dass für pflegebedürftige Menschen Wartezeiten bis zu 3 Jahren (!!!) zur Erlangung eines Platzes in den NÖ Pflegeheimen entstehen können. Aus diesem Grund ist die sofortige Schaffung von genügend Pflegeplätzen durch Aus- bzw. Neubau von NÖ Pflegeheimen umzusetzen, um den zu erwartenden Pflegenotstand hintanzuhalten.

Der Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen ist aber auch durch die Schaffung neuer Modelle im privaten Bereich sicherzustellen. Hierzu bedarf es attraktiver Bundes – und Landesförderungen als Anreiz für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen.

Auch eine Ausbildungsinitiative bei den Pflegeberufen ist unbedingt notwendig. Die Einführung des Lehrberufes Pflege in Österreich ist ein Gebot der Stunde. Um die Pflegebedingungen für das betreuende Personal und somit auch für die pflegebedürftigen Menschen, verbessern zu können, muss auch ausreichend Fachpersonal zur Verfügung stehen. Somit ist man auch dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dienlich, da sich neue Arbeitschancen für Jugendliche und Wiedereinsteiger ergeben. Gerade für diese sensible Arbeit mit Menschen gibt es bis dato keine spezielle Ausbildung. Dieser neue Lehrberuf würde zusätzlich noch den Vorteil erbringen, dass durch entsprechende Ausbildungszeiten in der Praxis der akute Personalmangel im Pflegebereich sofort entsprechend Erleichterung erfahren würde.

#### Begründung:

Durch die Abschaffung des Pflegeregresses mit 1. Jänner 2018 und den zu erwartenden Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen und Pflegepersonal ist sofort dringender Handlungsbedarf gegeben.

#### **Antrag:**



Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Der Gemeinderat spricht sich im Sinne der Antragsbegründung
  - a) für die schnellstmögliche Errichtung der dringend erforderlichen zusätzlichen Pflegeplätze in den NÖ Landespflegeheimen,
  - b) für die Schaffung von attraktiven Bundes- und Landesförderungen für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen und
  - c) für eine Ausbildungsoffensive in Pflegeberufen – vor allem durch die Einführung des Lehrberufes Pflege aus.
  
- 2) Der NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung beauftragt, im eigenen Wirkungsbereich und durch Einfordern bei der Bundesregierung sicherzustellen, dass diese Maßnahmen zur Verhinderung eines bevorstehenden Pflegenotstandes schnellstmöglich umgesetzt werden.

Nach eingehender Diskussion stellt Bgm. Mayer den Antrag zur geplanten Resolution.

18 Fürstimmen (M. Bauer, W. Bressler, W. Bogner, C. Drabits, J. Drabits, J. Forstner, A. Javorsky, E. Kaider, G. Kucera, M. Kvasnicka, J. Mayer, H. Merkatz, M. Nikowitsch, M. Ripfl, E. Wagnes, J. Wittmann, G. Zehetbauer, R. Zöhrer)

3 Stimmenthaltungen (B. Humer, F. Krammer, H. Weninger)

Mehrstimmige Annahme.

## **12. Termine GR-Sitzungen 1. Halbjahr 2018**

Als Gemeinderatstermine werden folgende Termine für das 1. Halbjahr festgesetzt – (die Gemeindevorstandstermine sind ebenfalls zur Information angeführt):

## **GEMEINDERATSSITZUNGEN SOWIE GEMEINDEVORSTANDSSITZUNGEN**

### **1. HALBJAHR 2018**

Nachstehend geben wir die geplanten Termine für die

Gemeinderatssitzungen  
(grundsätzlich jeden letzten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr)

sowie für die

Gemeindevorstandssitzungen  
(grundsätzlich jeweils 2 Wochen vor der Gemeinderatssitzung um 19.30 Uhr)

bekannt:

**GEMEINDERAT 2018:**

DI	30. Jänner	19.30 Uhr
DI	27. März	19.30 Uhr
DI	24. April	19.30 Uhr
DI	29. Mai	19.30 Uhr
DI	26. Juni	19.30 Uhr

**GEMEINDEVORSTAND 2018:**

DI	16. Jänner	19.30 Uhr
DI	20. Februar	19.30 Uhr
DI	13. März	19.30 Uhr
DI	10. April	19.30 Uhr
DI	15. Mai	19.30 Uhr
DI	12. Juni	19.30 Uhr

(ev. Änderungen werden kurzfristig bekannt gegeben)

**Allfälliges**

Bgm. Mayer teilt mit, dass es aufgrund der Zunahme von illegalen Müll- und Alteisenablagerungen unumgänglich war, den Baum- und Strauchschnittablageplatz einzuzäunen.

Für die Entsorgung von größeren Mengen kann am Bauhof der Schlüssel für das Vorhängeschloss beim großen Einfahrtstor zu folgenden Zeiten abgeholt werden: Während der Bauhofübernahme lt. GVU Abfuhrkalender sowie Mo-Do 7:00 bis 7:30h, 11:30h bis 12:00h, 12:30h bis 13:00h und 14:30h bis 15:30h, Fr 7:00 bis 7:30h

Die Rückgabe des Schlüssels kann entweder direkt an die Bauhofmitarbeiter zu den oben angeführten Zeiten erfolgen oder durch Einwurf in den Postkasten neben der Anschlagtafel am Bauhof.

Der Vorsitzende dankt für die Teilnahme und schließt die Gemeinderatssitzung.

Dieses Protokoll wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ..... genehmigt und gefertigt:

Der Bürgermeister:	Schriftführer:	
ÖVP-Fraktion:	FPÖ-Fraktion:	SPÖ-Fraktion: